



Wahlprogramm

zur Bremer Bürgerschaftswahl Mai 2019

Beraten und verabschiedet auf dem Programmparteitag am 24. Februar 2019 in Bremen



Inhalt

| | |
|---|----|
| Präambel | 4 |
| 1 Bildung | 6 |
| 1.1 Ausgangslage..... | 6 |
| 1.2 Frühkindliche Bildung..... | 6 |
| 1.3 Schule und Eltern | 7 |
| 1.4 Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken | 7 |
| 1.5 Leistungsorientierung und Schulsystem | 7 |
| 1.6 Umgang mit Inklusion an den Schulen | 7 |
| 1.7 Religions- und Ethikunterricht | 8 |
| 1.8 Berufliche Bildung stärken | 8 |
| 1.9 Hochschulen..... | 8 |
| 2 Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit | 10 |
| 2.1 Kriminalstatistik | 10 |
| 2.2 Kontrollen | 10 |
| 2.3 Polizei und Justiz | 11 |
| 2.4 Mehr Polizei | 11 |
| 2.5 Einbrüche | 11 |
| 2.6 Kennzeichnungspflicht | 12 |
| 2.7 Sicherheit und Schule | 12 |
| 3 Integration und Zuwanderung..... | 13 |
| 3.1 Grenzen schützen, Asylmissbrauch und illegale Zuwanderung beenden..... | 13 |
| 3.2 Plünderung des deutschen Sozialsystems stoppen..... | 13 |
| 3.3 Abschiebung..... | 14 |
| 3.4 Der Islam gehört nicht zu Bremen! | 14 |
| 3.5 Keine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit – kein Kopftuch im öffentlichen Dienst | 15 |
| 3.6 Integration ist Bringschuld Zugewanderter | 15 |
| 3.7 Staatsbürgerschaft durch Abstammung | 15 |
| 4 Wirtschaft | 16 |
| 4.1 Mittelstand fördern..... | 16 |
| 4.2 Bürokratie abbauen | 16 |
| 4.3 Kein OTB | 16 |
| 4.4 A 281 endlich weiterbauen | 16 |
| 4.5 Bettensteuer abschaffen | 17 |
| 4.6 Sonntag für die Familie | 17 |
| 4.7 Internet..... | 17 |
| 4.8 Wirtschaft braucht Verkehr..... | 17 |
| 4.9 Ohne gute Bildung auf Dauer kein Mittelstand | 17 |
| 4.10 Weniger Vorschriften für kleine Betriebe..... | 18 |
| 4.11 Keine Zwangsmitgliedschaften | 18 |
| 4.12 Tourismus braucht Sicherheit..... | 18 |
| 5 Verkehr | 19 |
| 6 Bauen und Wohnen | 21 |
| 6.1 „Strabau“ abschaffen | 21 |
| 6.2 Weniger Vorschriften | 21 |
| 6.3 Galopprennbahn erhalten | 22 |
| 7 Sozialpolitik..... | 23 |
| 7.1 Menschen mit Behinderungen | 23 |
| 8 Religion..... | 24 |
| 9 Kultur..... | 25 |
| 10 Gesundheit | 26 |
| 11 Umwelt | 27 |

Präambel

Seit mehr als 70 Jahren leidet Bremen an sozialdemokratisch geführten Regierungen. Alles, was über die Jahrzehnte immer wieder als soziale Segnungen verkauft wurde, hat sich noch ein jedes Mal als Mogelpackung erwiesen. Sozialdemokraten, heute unterstützt von noch weniger sachverständigen Grünen, haben die Stadt nahezu unbewohnbar gemacht. Wohnen: Mieten unbezahlbar, an der zweiten Miete, den Nebenkosten wird just wieder einmal gedreht. Explodierende Sozialkosten, dilettantische Wirtschaftspolitik und -förderung, ein zu Grunde gerichtetes Bildungssystem, das Bremen in jedem Test als Halter der roten Laterne da stehen lässt. Polizisten, die ihre Aufgabe, dem Bürger Sicherheit zu garantieren, aufgegeben haben, da die Justiz längst eingeknickt ist vor den Clans, den Drogendealern und dem links-grünen Kuschelkurs, der das Täter-Opfer-Verhältnis auf den Kopf stellt. Um die katastrophale Sozial-, Bildungs- und Verkehrspolitik zu stoppen, brauchen unsere Heimatstädte Bremen und Bremerhaven eine starke konservative Kraft, die auf die tatsächlichen Missstände im Land und damit die Nöte der Bewohner endlich eingeht. Mehr denn je geht es in unseren Städten um Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Recht und Ordnung.

Auf die anhaltende Vergeudung von Steuergeldern, auf die enorme Verschuldung beider Städte, auf die Versäumnisse in der Bildungspolitik und auf die Hilf- und Handlungslosigkeit in der Asylpolitik gibt es klare konservative Antworten.

Bereits 2017 hatten mehr als 30 Prozent der im Land Bremen lebenden Personen einen Migrationshintergrund – Tendenz steigend, zum Beispiel durch die Aufnahme von rund 14.000 Flüchtlingen in Bremen. Über 1.100 abgelehnte Asylbewerber leben nach wie vor hier. In einigen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens werden deutsche Kultur und Lebensgewohnheiten zunehmend durch arabische und muslimische Einflüsse verdrängt.

Wir treten dafür ein, dass Bremen wieder Bremen wird: Ein Bundesland mit großer hanseatischer Tradition, tief verwurzelt in der deutschen Tradition. Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft sind Teil dieser Kultur, aber wir Bremer wollen dabei nicht ausgenutzt werden. Bremen muss unsere Heimat bleiben, in der wir entscheiden, wer unser Gast sein soll und wer nicht.

Angesichts der extremen Verschuldung, nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen und zahlreichen sozialen Ungerechtigkeiten in unseren Städten fordern wir einen Flüchtlingsstopp für Bremen und Bremerhaven. Damit sind in niedersächsischen Städten wie Salzgitter und Delmenhorst gute Erfahrungen gemacht worden, nachdem die Landesregierung in Hannover endlich gehandelt hatte. Dazu gehören für uns ständige Kontrollen an den deutschen Außengrenzen und ein Stopp der weiteren illegalen Zuwanderung. Familienzusammenführung ja – jedoch in den Heimatländern!

Die Masseneinwanderung ist inzwischen in besonderem Maße in den Schulen angekommen. Deutschsprechende Kinder sind in vielen Schulklassen inzwischen in der Minderheit, Migrantenquoten von bis zu 90 Prozent führen zu einer starken Verlangsamung des Lerntempos und damit zu schlechten Lernergebnissen. Bremer Kinder müssen nach Abschluss ihrer Ausbildung mit einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt rechnen. Temporär untergebrachte Personen, die ausreisepflichtig sind, müssen nicht an deutschen Schulen unterrichtet werden. Neben der Notwendigkeit einer konsequenten und schnellstmöglichen Rückführung in die Heimatländer gibt es kein Erfordernis der Integration. Unterricht kann in der Heimatsprache erfolgen, der Wohnungsmarkt entlastet werden durch die Nutzung besonders im ländlichen Bereich leerstehenden Wohnraums.

Die AfD Bremen fordert deshalb: keine Benachteiligung deutscher Schüler! Aufnahme von Migranten in die regulären Schulklassen erst dann, wenn ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden sind und nur für die, die eine wirkliche Bleibeperspektive haben. Ebenso müssen die Kosten der Massenmigration endlich vollumfänglich offengelegt werden, wir fordern deshalb auch einen eigenen Posten „Migration“ im Haushalt. Hier sollen nicht nur die direkten Aufwendungen, wie zum Beispiel für die Unterkünfte, aufgeführt werden, sondern auch alle anderen, indirekt anfallenden Aufwendungen. Als Beispiele sind hier die Kosten für Verwaltungs- und Gerichtskosten, die Aufwendungen für den Schulbesuch und für Polizeieinsätze, die durch Migranten verursacht werden, zu nennen. Der Bürger muss informiert sein, um begründete Entscheidungen treffen zu können – deshalb Transparenz in allen Haushaltspositionen!

In über 70 Jahren haben SPD-geführte Senate das Land Bremen in der Bundesrepublik auf allen Politikfeldern von jeder positiven Entwicklung abgehängt und zum Schlusslicht in Deutschland gemacht. Spitzenreiter ist Bremen jedoch bei sozialistischen Experimenten wie einer gleichmacherischen Bildungspolitik sowie bei den Miet-Nebenkosten und ist bei der Kriminalität ganz vorn dabei. Der „rote Filz“ erstickt jegliche Innovation und lässt das Land in Starre verharren. Schluss damit, wir fordern eine frische Brise, damit die ehrwürdig Kogge Bremen wieder Fahrt aufnehmen kann!

1 Bildung

Wir verstehen Bildung als lebenslangen Prozess, der Individualität und Persönlichkeit eines jeden Menschen reifen und sich entfalten lässt. Damit teilen wir den erweiterten Bildungsbegriff Wilhelm von Humboldts. Es geht nicht nur um die Aneignung von Wissen, sondern um einen lebenslangen fortwährenden Entwicklungsprozess in dem geistige, kulturelle und lebenspraktische Fähigkeiten ausgebildet und vertieft werden. Dazu gehört im Besonderen auch die Erweiterung sozialer Kompetenzen, um Menschen zu befähigen, ihren Bezug zur Gesellschaft zu reflektieren. Bildung soll Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben selbst zu gestalten und ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger gemäß dem Grundgesetz wahrnehmen zu können.

Bildung erfolgt in einem grundgesetzlich legitimierten Schulsystem und steht in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Elternhaus.

Unsere Zukunft hängt davon ab, was wir unseren Kindern über Bildung und Erziehung an Wissen und Kenntnissen weitergeben. Die Vermittlung von Werten wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Fleiß, Ordnung und Verbindlichkeit müssen wieder zentrales erzieherisches Anliegen sein.

Wir lehnen ferner eine zu frühe Sexualerziehung an Kindertagesstätten und Schulen ab. Wir treten für das freie Individuum ein.

1.1 Ausgangslage

Die bremische Bildungspolitik der vergangenen Jahre ist massiv durch ideologiegetriebene Gleichmacherei geprägt. So wurden die Leistungs- und Anforderungsniveaus beispielsweise für Abschlussprüfungen immer weiter abgesenkt. Die Folge sind junge Menschen, die trotz erreichten Abschlusses nicht ausreichend befähigt für eine handwerkliche Ausbildung, beziehungsweise hinreichend qualifiziert für ein Hochschulstudium sind. Dem kann auch die zunehmende Digitalisierung im Unterricht nicht entgegenwirken, da den Schülern oft grundlegende Fertigkeiten in den sogenannten Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) fehlen.

In die Lehrerbildung, sowie in die personelle und in die sächliche Ausstattung von Schule und Hochschule muss daher mehr investiert werden.

1.2 Frühkindliche Bildung

Die AfD fordert die Sicherstellung frühkindlicher Bildung, um Fehlentwicklungen und Defiziten möglichst früh entgegenzuwirken. Austausch und Umgang mit Gleichaltrigen ist ein wesentliches Element der Sozialisation von Kindern aller gesellschaftlichen Milieus. Kinder sollen deshalb vor der Einschulung mindestens ein Jahr täglich an einer Kindergruppe teilgenommen haben. Insbesondere bei Defiziten im Erwerb deutscher Sprachkenntnisse soll der Kindergartenbesuch verpflichtend sein.

1.3 Schule und Eltern

Bildung ist der Schlüssel zu beruflichem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Die elterliche Erziehung innerhalb der Familie legt dabei den Grundstein für einen positiven Verlauf des Bildungswegs unserer Kinder und kann daher gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es hat sich auch in Bremen gezeigt, dass Erziehungsversäumnisse der Eltern von Erziehern, Lehrern und Sozialpädagogen nicht ausreichend kompensiert werden können. Ein einseitiges Delegieren von Erziehungs- und Bildungsaufgaben an die staatlichen Einrichtungen ist daher nicht sinnvoll.

Wir setzen uns deshalb für eine Politik ein, welche einerseits die Erziehungsverantwortung der Eltern einfordert und andererseits Hilfe da anbietet, wo Eltern sie benötigen. Heißt: Fördern da, wo es hilft, fordern da, wo es notwendig ist!

1.4 Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken

Leistungsbereitschaft und Disziplin sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wissensvermittlung und damit auch für eine positive Lernlaufbahn. Disziplinstandards fördern das Lehren und Lernen.

Missachtung von Gemeinschaftsinteressen, wie Vandalismus, sowie Schulverweigerung, Disziplinlosigkeit, Mobbing und Gewalt an der Schule, sind nicht zu tolerieren und unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten angemessen zu sanktionieren. Hierzu müssen Lehrer wieder in die Lage versetzt werden, durch effiziente pädagogische Maßnahmen, Unterrichtsstörungen wirksam zu unterbinden. Lehrer sollten hierfür stärkere Rückendeckung von Schulleitern und Schulaufsichtsbehörden erhalten. Im Interesse der Schulgemeinschaft sollten Schulleiter frühzeitig und unbürokratisch vom Hausrecht Gebrauch machen dürfen.

1.5 Leistungsorientierung und Schulsystem

Wir treten für ein mehrgliedriges Schulsystem und für eine bessere Bildungsdurchlässigkeit zwischen den Schulformen ein. Wir fordern die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9).

Schüler aus Bremen sollen bei bundesweiten oder internationalen Vergleichsstudien wieder besser abschneiden. Dazu müssen die verbindlichen Leistungsstandards dringend angehoben werden. Für alle Schüler muss in jeder Schulform eine optimale individuelle Förderung möglich sein, aber Schüler müssen auch gefordert werden. Die Vermittlung der Bildungsinhalte sowie das Erreichen der Bildungsziele müssen in allen Jahrgangsstufen überprüft werden. Dazu müssen Schulen gleicher Schulform auch nach einheitlichen Lehrplänen arbeiten.

Zur Vergleichbarkeit der Leistungen der Schüler muss es Zensuren geben, damit Zeugnisse wieder aussagekräftiger werden. Ebenso muss es möglich sein, dass Regelschüler ein Schuljahr auf jeden Fall dann wiederholen, wenn die geforderten Leistungen am Ende des Schuljahres nicht erreicht worden sind.

1.6 Umgang mit Inklusion an den Schulen

Bei der Inklusion stehen ideologisierte Gleichheitsabsichten im Vordergrund, jedoch nicht das Kindeswohl. Die Beschulung in Regelklassen ist für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

meist nicht ihren Bedürfnissen entsprechend. Positive Entwicklungen der Kinder werden dadurch deutlich erschwert.

Die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollte deshalb in speziellen Förderklassen erfolgen, die an den Regelschulen geschaffen werden und im Sinne der Kooperation mit Partnerklassen zusammenarbeiten. Nur so ist es realistisch, ein Lernumfeld für Schüler mit Förderbedarf zu schaffen, in dem jeder optimal und seinen Bedürfnissen entsprechend lernen kann und Wertschätzung erfährt.

So gelingt Teilhabe am schulischen Miteinander und zugleich hochwertige Förderung. Die hochqualifizierten Sonderschullehrkräfte können optimal eingesetzt werden und wesentlich kindgerechter arbeiten, pädagogische Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration sind wesentlich erfolgreicher. Andererseits haben aber auch Kinder ohne Beeinträchtigungen ein Recht auf bestmögliche Förderung. Heterogenität prägt jede Regelklasse an sich. Die inklusive Beschulung steigert die Heterogenität der Klassen zusätzlich und erschwert den bedürfnisgerechten Unterricht signifikant.

1.7 Religions- und Ethikunterricht

Religionskunde – ja, Religionsunterricht – nein. Das heißt, dass die Schüler Kenntnisse über die verschiedenen Weltreligionen erlangen sollen, um diese wertungsfrei in ihren Gemeinsamkeiten oder Besonderheiten vergleichen zu können. Ebenso sollte eine Werterziehung stattfinden, die frei von einseitiger, ideologischer Beeinflussung der Kinder ist.

1.8 Berufliche Bildung stärken

Die duale Berufsausbildung hat sich in Deutschland bewährt und genießt auch über die Landesgrenzen hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Gleichzeitig stellen wir in Bremen seit Jahren fest, dass zahlreiche Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, wovon insbesondere das Handwerk betroffen ist. Geringe Bewerberzahlen und mangelhafte Ausbildungsreife zahlreicher Bewerber können hierfür als Gründe genannt werden. Dieser fatalen Entwicklung wollen wir entschieden entgegenwirken, denn für uns ist selbstverständlich: Nicht nur eine akademische, sondern gerade eine berufliche Ausbildung kann eine solide Grundlage für ein geordnetes Erwerbsleben sein. Um möglichst vielen Jugendlichen in Bremen den Einstieg in eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, muss der Abwärtstrend des Bildungsniveaus an den Allgemeinbildenden Schulen gestoppt werden.

1.9 Hochschulen

Für uns sind Universitäten Stätten freier Lehre und Forschung. Deshalb muss ihre Autonomie gefördert werden. Neben Bachelor- und Masterstudiengängen muss den Hochschulen wieder das Recht zugestanden werden, Diplom- und Magisterstudiengänge anzubieten. Ein Beispiel für die weltweite Anerkennung deutscher Abschlüsse ist der des Diplom-Ingenieurs.

Zur Autonomie der Hochschulen muss auch gehören, dass sie in eigener Regie Auswahl- und Aufnahmeprüfungen durchführen können, wie dies in vielen Ländern üblich ist. Ein am Leistungsprinzip orientiertes Auswahlverfahren ist allen zentralistischen quoten- oder losbasierten Verfahren vorzuziehen.

Die BAföG-Förderung mit einer Mischung aus Stipendium und rückzahlbarem Kredit ist der richtige Weg, um die Studien- und Berufswahl zu steuern.

Die Gendertheorien haben sich als unwissenschaftlich erwiesen, daher lehnen wir eine weitere staatliche Finanzierung ab.

2 Innere Sicherheit und Rechtstaatlichkeit

Daten zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 für Bremen:

- 678.800 Einwohner im Land Bremen
- 27.980 Bremer und Bremerhavener waren Opfer von
- 81.176 Straftaten, davon wurden
- 39.343 Straftaten aufgeklärt (48,5%)
- 25.770 Tatverdächtige wurden erfasst, davon waren
- 10.430 Ausländer und
- 15.340 deutsche Staatsbürger, wie viele davon einen Migrationshintergrund (zum Beispiel durch Einbürgerung) haben, wird nicht erfasst

Strafgefangene in Deutschland, Stand 31.3.2017:

- 51.643
- davon 15.522 Ausländer
- der Rest deutsche Staatsbürger, ein Migrationshintergrund wird auch hier nicht erfasst.

Jeder in Deutschland lebende Bürger hat ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Ordnung. Dafür steht die AfD Bremen.

Die Schaffung und Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe unseres Staates, sie garantiert ein friedliches und geordnetes Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft und ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

Die Durchsetzung von Recht und Ordnung ist für eine zivilisierte Gesellschaft unverzichtbar. Wir erwarten die Akzeptanz unserer christlichen, abendländischen Werte von allen in Bremen lebenden Menschen!

Die AfD ist gegen jede Form von Extremismus. Zur Wahrung der inneren Sicherheit ist es unverzichtbar, jegliche Form von Extremismus zu ächten. Jede Finanzierung von linksextremistischen Aktivitäten ist zu unterbinden. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen auch über die Gefahren linksextremistischer Aktivitäten aufgeklärt und dafür sensibilisiert werden.

2.1 Kriminalstatistik

Die AfD fordert Mut zur Wahrheit in der Kriminalstatistik, das heißt eine Kriminalstatistik muss die Realitäten widerspiegeln und nicht verschleiern! Der Bürger hat ein Anrecht auf alle Zahlen und Fakten. Neben Alter und Geschlecht sind auch mehrfache Staatsbürgerschaften und der Migrationshintergrund zu erfassen und entsprechend auszuweisen.

2.2 Kontrollen

Im Bereich der Clankriminalität soll die Zusammenarbeit aller Bundesländer intensiviert werden. Dies soll durch die Bildung unter anderem von Schwerpunktstaatsanwaltschaften gefördert und unterstützt werden.

Die AfD fordert auch für Bremen verdachtsunabhängige Kontrollen zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität. Wer über seine wahre Identität täuscht, muss mit der unverzüglichen Aberkennung eines bereits erlangten Aufenthaltstitels rechnen. Der erhebliche Anteil von Ausländern in Bremen – gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität – erfordert nachhaltige ausländerrechtliche Maßnahmen mit dem Ziel der unverzüglichen Abschiebung.

Zur Verhinderung der Entstehung weiterer No-Go-Areas (rechtsfreie Räume) sowie zur Durchsetzung geltenden Rechts hält es die AfD für unabdingbar, in gefährdeten Bereichen ausreichend Polizeikräfte einzusetzen. Hierzu zählt ebenso die flächendeckende Einrichtung von Polizeiposten.

Die AfD fordert die konsequente und unverzügliche Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen und dazu den Aufbau von geschlossenen Abschiebezentren in Bremen mit ausreichender Kapazität.

2.3 Polizei und Justiz

Die Kernaufgabe der Polizei muss es sein, Kriminalität zu bekämpfen und nicht durch die Verfolgung von Autofahrern mit Blitzern und Knöllchenschreiben den maroden Bremer Haushalt zu sanieren und dadurch ihre Kräfte sinnentleert einzusetzen! Die Polizei ist von polizeifremden Aufgaben zu entlasten.

Wir sprechen uns gegen Urteile der Justiz mit Herkunfts- oder Religionsrabatt aus. Die politische Gesinnung oder Religion darf keinen Einfluss auf die Strafzumessung haben.

Der Bürger soll der Justiz nach 70 Jahren SPD-Einflussnahme endlich wieder vertrauen können! Dazu zählt die Forderung nach Abschaffung der Weisungsgebundenheit von Staatsanwaltschaft und Landesamt für Verfassungsschutz durch den Justizsenator.

Wir fordern von der Justiz die Vermögensabschöpfung bei allen Finanz- oder Verbrechenstatbeständen wie Raub und organisierter oder Clan-Kriminalität. Abgeschöpfte Vermögens- und Sachwerte sollen als Schadensersatz vorrangig den Opfern zugutekommen.

2.4 Mehr Polizei

Wir fordern durch „mehr Polizei“ eine für den Bürger deutlich wahrnehmbare Polizeipräsenz und durch technische Unterstützungsmaßnahmen an öffentlichen Plätzen das Sicherheitsgefühl der Menschen zu erhöhen. Die Zahl der Polizeibeamten in Bremen muss von 2.500 auf mindestens 3.000 erhöht werden.

Wir fordern die Erhaltung aller Polizeireviere in Bremen und Bremerhaven und eine Besetzung rund um die Uhr!

Die deutsche Staatsangehörigkeit sowie die uneingeschränkte Identifikation eines jeden Bewerbers mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen Deutschlands muss zwingende Voraussetzung bei der Einstellung in den Polizeidienst sein.

2.5 Einbrüche

Wir fordern darüber hinaus die vermehrte Durchführung von verdachtsunabhängigen, landesweiten Kontrollen (Schleierfahndung), unter anderem zur Eindämmung von Wohnungseinbrüchen, Fahrzeugdiebstählen, Bandenkriminalität und grenzüberschreitender Ausländerkriminalität.

Falsche Rücksichtnahme – auch der Medien – auf das Interesse der Täter, unbekannt zu bleiben, lehnen wir ab.

Wir fordern die Absage an die Polizeireform 2600 , weil wir deutlich mehr Präventivstreifen, Einsatzkräfte, ganztätig besetzte Reviere und Kontaktpolizisten in den Stadtteilen benötigen, um der überdurchschnittlichen Kriminalität im Land Bremen Herr zu werden. Wir fordern die Abschaffung der Fachhochschulreife für Polizeianwärter, auch Oberschüler sind für den Polizeidienst zu befähigen. Die Gehälter der Bremer Polizei sind dem Bundesniveau anzugleichen.

2.6 Kennzeichnungspflicht

Die AfD lehnt die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ab, wir fordern die Einführung von Bodycams für jeden Streifenbeamten, die Einführung von wirksamen Elektroschockpistolen für Streifenbeamte als zusätzliches Mittel des unmittelbaren Zwanges, die Anwendung eines bürgerorientierten Sicherheitskonzepts unter Zusammenarbeit der Bremer Polizei mit der Bundespolizei und den Kräften des Ordnungsamtes im Streifendienst.

2.7 Sicherheit und Schule

Wir treten außerdem ein für: Sicherheitskonzepte für Schulen und Schüler sowie Kindertagesstätten, die Durchsetzung von Ordnungsmaßnahmen nach dem Bremer Schulgesetz bei Schulpflichtigen, die sich in den Schulbetrieb nicht einordnen oder integrieren wollen oder können, die unverzügliche Anzeige aller Straftaten, die von Schülern während der Dauer der Aufsichtspflicht der Schulen verübt werden durch die Schulleitung und deren statistische Erfassung.

Ohne Sicherheit für den Bürger ist die Demokratie in ernster Gefahr – darum AfD!

3 Integration und Zuwanderung

Die AfD Bremen orientiert sich hinsichtlich Integration und Zuwanderung am Bundesprogramm der AfD.

Die Bürger wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach tatsächlichem Bedarf zulassen. Vorrang vor Immigration haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen, insbesondere eine „aktivierende Familienpolitik“, aber auch die Reduzierung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland. Die Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potenziale erfolgen. Hierzu gehören eine umfassende Aus- und Weiterbildung, die Integration von nach wie vor Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden. Teilweise kann die legale Zuwanderung aus EU-Staaten dazu beitragen. Die Anwerbung in Drittländern darf erst dann relevant werden, wenn zuvor sämtliche der genannten Möglichkeiten zur Arbeitskräftegewinnung und -qualifizierung genutzt wurden.

3.1 Grenzen schützen, Asylmissbrauch und illegale Zuwanderung beenden

Deutschland nimmt seit Jahren mehr Asylbewerber auf, als alle anderen EU-Staaten, die – in der Regel illegal – nach Europa einreisen. Gerade wir in Bremen sind davon besonders stark betroffen. Die Missachtung des Dublin-III-Abkommens durch die Bundeskanzlerin und die völlig fehlende Sicherung der EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung gefährden in Deutschland den sozialen Frieden, die kulturelle Identität und die ökonomische Stabilität. Der massenhafte Missbrauch des Asylrechts zum Zweck der Zuwanderung muss beendet werden. Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch Asylbewerber sofort zu beenden. Wir fordern endlich unsere Grenzen effektiv zu kontrollieren und illegale Migration zu verhindern.

3.2 Plünderung des deutschen Sozialsystems stoppen

Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten Armutszuwanderer an. Die Freizügigkeit in der EU und das Asylrecht werden missbraucht, um Zugang zu unserem Sozialsystem zu erlangen. Dies betrifft die Bremer Haushaltskasse besonders stark. Die AfD steht für eine Beendigung des Missbrauchs des Asylgrundrechts durch eine Grundgesetzänderung und die Errichtung von Auffangzentren in den Herkunftsländern. Um den Anreiz zur Einwanderung in die Sozialsysteme zu beenden, wird die Ausgabe von Geldleistungen an Asylbewerber vollständig durch Sachleistungen ersetzt.

Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können und fordern die vollständige Transparenz aller zuwanderungsbedingten Kosten des Landes Bremen. Die astronomischen Kosten der Massenzuwanderung müssen transparent und lückenlos über alle staatlichen Ebenen ausgewiesen und in einem übergreifenden „Flüchtlingshaushalt“ unter demokratischer Kontrolle gestellt werden. Im Bereich des Gesundheitswesens fordern wir einen neu überarbeiteten eingeschränkten Not-Leistungskatalog (Positivliste) für die Behandlung von Asylbewerbern innerhalb der ersten fünfzehn Monate.

3.3 Abschiebung

Alle rechtskräftig festgestellten Ausreisepflichtigen müssen unverzüglich und grundsätzlich abgeschoben werden. Es ist regelmäßig zu überprüfen, ob der Fluchtgrund weiterbesteht. Ausreisepflichtige verhindern oft ihre Rückführung durch Untertauchen, Identitätsverschleierung oder Schaffung künstlicher Abschiebehindernisse. Die Folge sind jahrelange, aufwendige und teure Verfahren. Solche Gesetzesverstöße dürfen nicht dadurch belohnt werden, dass die Täter dennoch nach einigen Jahren in den Genuss eines Daueraufenthaltsrechts kommen. Die AfD fordert daher die ersatzlose Streichung der entsprechenden §§ 25a und 25b des Aufenthaltsgesetzes. Die Bekämpfung staatlicher Abschiebungsbemühungen durch Flüchtlingshilfsorganisationen soll durch Aberkennung des Gemeinnützigkeitsstatus und Einfrieren der Fördermittel geahndet werden. Bei Vorlage von ärztlichen Attesten zur Verhinderung der Ausreise fordert die AfD eine standardmäßige Begutachtung durch die zuständige Stelle der Erstuntersuchung.

Gemäß § 71 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz sind für Ausweisungen die Ausländerbehörden der jeweiligen Bundesländer zuständig. Sofern ein Ausländer, der straffällig geworden ist, auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ist eine Abschiebung durch die Ausländerbehörden des Landes Bremen nicht möglich. Auch aus diesem Grund ist die doppelte Staatsbürgerschaft abzulehnen. Grundsätzlich gilt im Rahmen der Einbürgerung das Prinzip der Vermeidung von „Mehrstaatlichkeit“, also der staatsbürgerlichen Angehörigkeit zu mehr als einem Staat. Dies entspricht in Europa auch dem „Straßburger Übereinkommen“ (sog. Mehrstaaterabkommen) vom 6. Mai 1963, das am 29. September 1969 auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde und mit welchem völkerrechtlich doppelte Staatsbürgerschaften prinzipiell vermieden werden sollen. Die Große Koalition hat jedoch durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014 den § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) abgeändert, sodass eine Optionspflicht, sich also für eine Staatsangehörigkeit zwingend entscheiden zu müssen, für Personen, die „im Inland aufgewachsen“ sind, nicht mehr besteht. Wir fordern daher die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft. Bremen muss in der Lage sein, straffällige Ausländer auch auszuweisen. Ferner müssen die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen sowie das Verüben schwerer Straftaten zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen.

3.4 Der Islam gehört nicht zu Bremen!

Die Alternative für Deutschland tritt für den freiheitlich-demokratischen und säkularen Rechtsstaat ein, der den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet ist und über religiösen Geboten steht. Mit diesem Staatsverständnis ist der orthodoxe Islam auf der Grundlage von Koran und Sunna nicht vereinbar.

Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 Grundgesetz i. V. m. Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung) Schranken zu setzen, durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte.

Mit der Ausbreitung des Islams in Bremen sieht die AfD eine Gefährdung des inneren Friedens, unserer Rechts- und Werteordnung sowie unserer kulturellen Identität, die uns vor große Herausforderungen stellt. Rechtstreue und wahrhaft integrierte Muslime können zwar Mitglieder unserer Gesellschaft sein, die AfD will jedoch abgeschottete islamische Parallelgesellschaften verhindern, in

denen muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

3.5 Keine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit – kein Kopftuch im öffentlichen Dienst

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit, weil sie die Trägerin von der Umwelt abschotten und das Zusammenleben in der Gesellschaft erschweren. In staatlichen Bildungseinrichtungen soll das Kopftuch, ein religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Musliminnen unter den Mann, weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen getragen werden in Anlehnung an das französische Modell. Gleiches gilt für Beamtinnen und Angestellte im öffentlichen Dienst.

3.6 Integration ist Bringschuld Zugewanderter

Vorausschauende Integrationspolitik darf nicht aus dem Blick verlieren, dass auch die Anerkennung als asylberechtigt grundsätzlich nur mit einem zeitlich begrenzten Aufenthaltsrecht in Deutschland verbunden ist. Auf diesen Umstand sind die angebotenen Integrationsmaßnahmen abzustimmen. Die AfD lehnt es als unsozial ab, eine aus humanitären Gründen gebotene Flüchtlingshilfe dafür zu benutzen, den Arbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften zu versorgen. Anstelle von Integrationsmaßnahmen, die zu einem hohen Prozentsatz zum Scheitern verurteilt sind, befürwortet es die AfD, Flüchtlingen solche Kenntnisse und Qualifikationen zu vermitteln, die sie bei einer Rückkehr in ihre Heimatländer verwenden können.

Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zugestehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen, nicht umgekehrt. Gelingende Integration fordert von Einwanderern jeden Alters nach einer angemessenen Zeit die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts. Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar.

Die Einbürgerungstests müssen hinsichtlich ihres Standards deutlich angehoben werden.

3.7 Staatsbürgerschaft durch Abstammung

Die AfD fordert die Beendigung der doppelten Staatsbürgerschaft. Das Geburtsortsprinzip wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden.

4 Wirtschaft

Die Wirtschaftspolitik in Bremen hat auch nach den vergangenen vier Jahren nur eine Bewertung verdient: katastrophal.

Die Liste der gescheiterten Projekte ist lang: das Einkaufszentrum in der Bremer Innenstadt ist nicht vorangekommen, die Pläne für den Offshore-Terminal in Bremerhaven werden vor Gericht auch in letzter Instanz nicht bestehen, die im Rathaus gefeierte Ansiedlung von Borgward in Bremen ist geplatzt, ebenso wie Dornier in der Flughafencity und das asiatische Märchen vom Bau großer Kreuzfahrtschiffe auf der Lloyd-Werft in Bremerhaven. Wir fordern einen Investitionsrat unter Beteiligung von Vertretern der regionalen Wirtschaft, um weitere planerische Fehlleistungen zu verhindern.

4.1 Mittelstand fördern

Statt Größenwahn brauchen Bremen und Bremerhaven eine konsequente Förderung des Mittelstandes. Der Abbau von Bürokratie und hemmenden Vorschriften sollte Vorrang haben. Dies sollte künftig ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik sein. Für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist die bisherige Schulpolitik das größte Hemmnis – weder Firmeninhaber noch Mitarbeiter möchten ihren Kindern Bremer Schulverhältnisse zumuten. Wirtschaftspolitik kann nur dann im Land Bremen erfolgreich sein, wenn sich auch die Schulpolitik grundlegend ändert.

4.2 Bürokratie abbauen

Die besondere Lage Bremens als Zwei-Städte-Land, welches vollständig von niedersächsischem Gebiet umschlossen ist, stellt die Bürger und lokalen Unternehmen vor weiteren Herausforderungen und Hürden. Wir fordern deshalb, die regionalen Zuständigkeiten auf den Prüfstand zu stellen und den Abbau unnötiger Verwaltungshemmnisse durch die Nutzung von Synergieeffekten mit den Behörden in Niedersachsen. Eine wichtige Säule hierbei ist die deutliche Einschränkung des Verbandsklagerechts.

4.3 Kein OTB

Die AfD Bremen tritt für die Vertiefung der Außenweser ein.

Den Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven lehnen wir dagegen ab. Windenergie hat keine große Zukunft – auch nicht in Bremerhaven.

Stattdessen sollten die für den Bau des OTB geplanten 300 Millionen Euro für die Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt werden.

4.4 A 281 endlich weiterbauen

Für dringend halten wir die Fortsetzung des Baus der A 281, die damit verbundene Weserquerung und die Verbindung der A 281 mit der A 27. Zu einer umsichtigen Wirtschaftspolitik gehört es,

auftretende Probleme und mögliche Klagen früh genug zu erkennen, um diese bei der Realisierung des für Bremen wichtigen Verkehrsprojektes bereits im Vorfeld aus dem Weg zu räumen.

Auch die Küstenautobahn A 20 muss endlich realisiert werden.

4.5 Bettensteuer abschaffen

Die vom Senat eingeführte „Bettensteuer“ für das Beherbergungsgewerbe in Bremen lehnen wir ab. Zusätzliche Belastungen für Betriebe können kein Ausweg aus der Finanzmisere sein. Die „Bettensteuer“ benachteiligt im Übrigen Bremer Hotels und Pensionen im Wettbewerb mit ihrer Konkurrenz im Umland.

4.6 Sonntag für die Familie

Verkaufsoffene Sonntage lehnen wir generell ab. Es muss in der Woche einen Tag geben, der weder von Arbeit noch von Konsum geprägt ist. Der Sonntag gehört der Familie.

4.7 Internet

Die Bremer AfD fordert den flächendeckenden Zugang zum Internet entsprechend aktuellen Standards. Dies erfordert Breitbandanschlüsse mit hohen Übertragungsraten und einen zügigen Ausbau des Glasfasernetzes auch auf der letzten Meile.

4.8 Wirtschaft braucht Verkehr

Die bremische Wirtschaft ist gefährdet. Der Einzelhandel leidet nicht nur unter der Konkurrenz von Online-Shopping und Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ sondern auch unter einer kundenfeindlichen Verkehrspolitik.

Besonders für einen Hafen-, Logistik- und Industriestandort wie Bremen ist eine gute Verkehrsinfrastruktur von existentieller Bedeutung. Die derzeitige Zuordnung der Verkehrspolitik in das Ressort Umwelt und Bau spiegelt nach Auffassung der Alternative für Deutschland die falschen Prioritäten von Rot/Grün. Die Verkehrspolitik muss vom Senator für Wirtschaft verantwortet werden.

4.9 Ohne gute Bildung auf Dauer kein Mittelstand

Der Mittelstand beklagt einen selbstgemachten Fachkräftemangel als Resultat einer nicht durchdachten Bildungspolitik. Politische und weltanschauliche Bildung scheinen an Bremer Schulen einen so großen Stellenwert einzunehmen, dass die Vermittlung von naturwissenschaftlichen, mathematischen und sprachlichen Kenntnissen leidet.

Die Alternative für Deutschland sieht in Bremen Handlungsbedarf auf allen Ebenen der Wirtschaftspolitik, um die einzelnen Händler und Freiberufler zu unterstützen und um den Anforderungen unseres starken Mittelstandes und des Arbeitsplatzmotors Industrie gerecht zu werden.

4.10 Weniger Vorschriften für kleine Betriebe.

Bremen darf nicht länger den Anschluss an die moderne Verwaltung verschlafen, deshalb setzen wir uns für eine Deregulierungsoffensive ein. Unnötige Verwaltungsvorschriften und bürokratische Belastungen sind abzubauen. Kleinere Betriebe bis zu 20 Mitarbeitern möchten wir von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlasten.

Generell gilt, dass wir sowohl eine gesetzliche Geschlechterquote für Führungsgremien ablehnen als auch eine Reformierung des Antidiskriminierungsgesetzes anstreben, da eine ausufernde Bürokratie kein Ersatz für einen wirklichen Mentalitätswandel sein kann.

4.11 Keine Zwangsmitgliedschaften

Die AfD Bremen spricht sich für die Beendigung der Zwangsmitgliedschaft in Organisationen wie der Arbeitnehmerkammer und der Industrie- und Handelskammer aus.

Wir werden in der Bürgerschaft fordern, dass der Gewerbesteuersatz stabil gehalten wird. Kommunal beeinflussbare Steuern sind wichtige Faktoren im Standortwettbewerb.

4.12 Tourismus braucht Sicherheit

Das Bundesland Bremen zieht jedes Jahr über eine Million Übernachtungsgäste und eine noch erheblich größere Zahl an Tagestouristen an. Die Hotels sind im bundesdeutschen Vergleich gut ausgelastet, Touristen setzen rund 1 Milliarde Euro pro Jahr um und ermöglichen so etwa 60.000 Arbeitsplätze. Für die Zukunft wollen wir diese Arbeitsplätze sichern und wo möglich ausbauen.

Damit dieses möglich ist, müssen die Städte im Land Bremen als sicher wahrgenommen werden. .

5 Verkehr

Bremen ist ein Logistikzentrum, dessen Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu einem großen Teil durch Verkehrsdienstleistungen sichergestellt wird und dessen Beschäftigte zu einem erheblichen Teil aus dem Umland einpendeln. Die „Verkehrswende“ gefährdet den Industriestandort und spricht dem Bürger die Freiheit ab, über seine Mobilität selbst zu bestimmen.

Wir halten weder die Elektromobilität noch das automatisierte Fahren für zukunftsträchtig. Die AfD setzt weiter auf die Verbrennungsmotoren mit moderner Technologie und der Erzeugung von synthetischen Treibstoffen, mit denen auch die Luftbelastung vollständig aufgehoben werden kann. Nur so kann auch der Produktionsstandort Bremen gesichert werden.

Für Bremen ist es überlebenswichtig, die Häfen oberhalb des Weserwehrs in Betrieb zu halten und den Mittelweserausbau in Zusammenarbeit mit dem Bund weiter voranzutreiben. Zur Entlastung der anderen Verkehrsträger soll der Gütertransport zwischen Bremen und Bremerhaven im größtmöglichen Umfang auf die Binnenschifffahrt verlagert werden. Grundsätzlich soll der Güterverkehr mit Binnenschiffen vorangetrieben werden.

Bremen steckt im Stau. Diese für Bürger und Wirtschaft unerträgliche Situation droht sich durch den Sanierungsstau der Weserbrücken und aktuell der Lesumbrücke in den kommenden Jahren noch mehr zu verschärfen. Die AfD fordert hier ein Sanierungsmanagement, das auch auf sofortigen Neubau setzt, wenn die Sanierung ohnehin nur eine befristete Wiederinbetriebnahme ermöglichen würde und ein späterer Neubau dann auf Grund der erfolgten Preissteigerungen eigentlich unwirtschaftlich wäre.

Bremen hat gegen unsere Forderung die Verantwortung für den Bundesfernstraßenbau an die Infrastrukturgesellschaft abgegeben, um die Kostenanteile zu senken. Aber nur dadurch wäre eine Unterquerung des Flughafens durch die B 6n möglich gewesen.

Diesel-Fahrverbote aufgrund fragwürdiger Grenzwerte lehnen wir ab. Auch die Sperrung einzelner Straßen für den Durchgangsverkehr führt nachweislich zu einer höheren Umweltbelastung.

Bei der Ausweisung von Tempo-30-Zonen tritt die AfD Bremen für eine Beschränkung auf Spielstraßen und dem Einmündungsbereich von Schulen ein.

Bremen hat erheblichen Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung des Verkehrs. Die Ampelsteuerung bevorzugt den ÖPNV und behindert den sonstigen Verkehr, auch wenn keine Busse und Bahnen in der Nähe sind.

Ebenso müssen die Taktzeiten und die Kapazitäten der Nahverkehrszüge den Bedürfnissen der Pendler gerecht werden. Dazu fordern wir insbesondere – um die Verbindung der Menschen in den Schwesterstädten Bremen und Bremerhaven zu verbessern – eine S-Bahn-Verbindung im 20-Minuten-Takt zwischen den beiden Städten und den Bau eines zweiten Gleiskörpers, damit Güter und Personen getrennt und zügig transportiert werden können, sowie die Wiederanbindung Bremerhavens an das Fernbahnnetz (IC und ICE).

Bremens Flughafen und seine Luft- und Raumfahrtindustrie ist ein wichtiger Standortfaktor mit seiner Ausstrahlung auf das umliegende Gewerbegebiet und seinem Luftfrachtzentrum. Im Wettbewerb mit anderen Standorten darf Bremen nicht abgehängt werden. Das Scheitern der Neuansiedlung von Dornier ist auf politisches Versagen zurückzuführen.

Die AfD verlangt, dass die Förderung von Start-up-Unternehmen im Bereich der Raumfahrt auf zwei Jahre ausgeweitet werden soll und folgt damit dem Beispiel der USA. Erst dann werden junge Unternehmen wirtschaftlich und entwickeln Spitzentechnologie in Bremen für ganz Deutschland.

6 Bauen und Wohnen

Die Wohnungsnot ist selbstgemacht und wird durch die ungezügelte Masseneinwanderung und den Familiennachzug in Zukunft weiter verschärft. Dies wird unterstützt durch den massenhaften Verkauf städtischen Wohneigentums und die Niedrigzinspolitik der EZB, die die Sparer enteignet und die Vermögenden spekulativ in die Investition in Immobilien treibt. Damit wird dem Normalverdiener der Eigentumserwerb fast unmöglich gemacht.

Mit der ideologisch begründeten Mietpreisbremse werden nur die 60 Prozent Kleinvermieter getroffen, die anders als die großen Wohnungsunternehmen in der Regel zu sozialen Bedingungen vermieten. Das Objekt Mietwohnung wird wirtschaftlich völlig unattraktiv, wenn die Vermieter mit unsinnigen Energiesparvorschriften drangsaliert werden und zugleich ein Teil der Umlagefähigkeit wegfällt.

Die AfD Bremen fordert deshalb:

- Weg mit diesen „Energiespar-Verordnungen“, die nur der CO₂-Lüge assistieren
- Förderung von Familien durch Wegfall der Grunderwerbssteuer
- Entlastung der Mieter durch Deckelung der Grundsteuer auf 3 Prozent
- Subjekt statt Objektförderung, Wohngeld ist sozialer als sozialer Wohnungsbau.

Wenn Bremen seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommt, illegale Personen zügig auszuweisen, gibt es keine Wohnungsprobleme. Obdachlose deutsche Staatsbürger dürfen bei der Wohnungsversorgung nicht schlechter gestellt werden als Asylbewerber oder subsidiär Schutzbedürftige. Die AfD hat dazu einen Antrag zur Änderung des Baugesetzbuches in den Bundestag eingebracht.

6.1 „Strabau“ abschaffen

Die AfD Bremen tritt dafür ein, die Straßenbaukosten-Umlage abzuschaffen. Haus- und Grundstückseigentümer sollen nicht länger unfreiwillig an dem Bau von Straßen und Abwasserkanälen beteiligt werden. Von dieser Regelung würden auch Mieter profitieren.

Nach der bisherigen Regelung entfallen bei der Erschließung, Ausbau und Erneuerung einer Straße bis zu 90 Prozent der Kosten auf die Eigentümer. Dies kann gerade ältere Hausbesitzer in den Ruin treiben und Familien in große Bedrängnis bringen. Dies ist unsozial.

6.2 Weniger Vorschriften

Auch in Bremen und Bremerhaven steigen die Mieten als Folge einer verfehlten Finanzpolitik und des Zuzuges tausender illegaler Migranten. Auf der anderen Seite behindern lange Genehmigungsverfahren und hohe Kosten durch ideologiegetriebene Vorschriften den Neubau von Wohnungen. Auch die Wohnnebenkosten aufgrund von Steuern und Abgaben sowie einer verfehlten Klima- und Energiepolitik gehören zu den großen Preistreibern.

Die AfD setzt sich dafür ein, Genehmigungsverfahren zu verkürzen und die Vorschriften und Kosten für Bauherren, die von der Politik beeinflussbar sind, soweit wie möglich zu reduzieren. Eine Ausnahme hiervon bildet die Genehmigung von Stellplätzen. Die AfD fordert die Wiedereinführung verbindlicher und realistischer Stellplatzzahlen im Baugenehmigungsverfahren, die den tatsächlichen Anforderungen

entsprechen und den öffentlichen Verkehrsraum entlasten. Eine Bar-Ablöse wie bisher darf nicht möglich sein.

6.3 Galopprennbahn erhalten

Die Suche nach Neubaugebieten in Bremen darf nicht dazu führen, dass Naturflächen für die Erholung der Bremer und traditionsreiche Einrichtungen unwiderruflich vernichtet werden. Hier ist eine genaue Prüfung des Bedarfs notwendig. Die AfD Bremen wendet sich gegen die Pläne, die Galopprennbahn in der Vahr (Stadtteil Hemelingen) in ein Neubaugebiet mit 1.000 Wohnungen umzuwandeln. Die Galopprennbahn muss erhalten bleiben, ebenso die Osterholzer Feldmark.

7 Sozialpolitik

Die AfD Bremen befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn, da er die schwache Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber stärkt.

Einen Landes-Mindestlohn lehnen wir dagegen ab. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit unterlaufen. Die Einführung eines nur im Bundesland geltenden höheren Mindest-Lohn würde die Bremer Steuerzahler zusätzlich belasten.

Wir treten für eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- und Werkverträgen in einem Unternehmen ein.

Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmalig verlängert werden. Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden.

Die Arbeitslosigkeit im Bundesland Bremen ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer noch auffallend hoch. Hier wird das jahrzehntelange Versagen der von der SPD geführten Landesregierungen deutlich.

Die Bremer AfD fordert eine bedarfsangepasste Qualifizierung für Arbeitslose. Diese sollte in enger Abstimmung mit mittelständischen Unternehmen erfolgen, da sie den Großteil der Arbeitsplätze stellen.

Monatliche Einkommen bis zu 1.500 Euro sollen nicht besteuert werden. Dies entlastet Niedriglohn-Empfänger und sorgt gleichzeitig für einen Abstand zum Bezug von Hartz-IV-Leistungen.

Wer sein Leben lang gearbeitet oder Kinder großgezogen hat, darf seinen Lebensabend nicht in Armut verbringen müssen. Deshalb sollten Renten generell nicht besteuert werden. Denn die der Rente zu Grunde liegenden Einkommen sind in der Regel bereits einmal versteuert worden, eine zweite Besteuerung nach dem Eintritt in das Rentenalter wäre ungerecht.

7.1 Menschen mit Behinderungen

Wir möchten für Menschen mit Behinderungen die bestmögliche Schulbildung erreichen und fordern daher den Ausbau von Förderschulklassen an den Regelschulen. Das bisher in Bremen in überstürzter Form eingeführte Inklusionssystem muss als gescheitert angesehen werden. Inklusion nur dort, wo für kein Kind Nachteile entstehen.

Die AfD spricht sich für den Erhalt des Landespflegegelds aus und setzt sich für dessen Erhöhung nach erfolgter Haushaltssanierung ein. Sparen auf dem Rücken der sozial Schwächsten lehnen wir ab.

Besonders im Sinne von Menschen mit Behinderungen, aber auch einer älter werdenden Gesellschaft sollen Mängel in der Barrierefreiheit im Land Bremen beseitigt werden.

Durch eine Behinderung erleiden viele Betroffene Einschränkungen in der Erwerbsfähigkeit. Dies darf zukünftig nicht mehr zu sozialem Abstieg führen, Menschen mit Behinderungen sollen nicht länger automatisch arm sein, die AfD Bremen wird sich daher für eine Neugestaltung der Erwerbsminderungsrenten einsetzen, Behinderte müssen angemessen am Leben teilhaben können.

8 Religion

Die religiöse Bekenntnisfreiheit ist ein hohes Gut. Sie hat sich aber nach den Buchstaben des Grundgesetzes zu richten. Die garantierte Glaubensfreiheit bezieht sich allein auf die religiöse Ausübung. Unser Rechtssystem, die Menschenrechte und das Grundgesetz müssen vorbehaltlos in allen Teilen von jeder Religionsgemeinschaft anerkannt werden.

Die Alternative für Deutschland in Bremen befürwortet unbedingt die in der Bremer Landesverfassung verankerte Trennung von Staat und Kirche. Alle vom Ausland gesteuerten und verfassungsfeindlichen religiösen Zentren auf bremischem Boden sind zu verbieten und aufzulösen.

Wir fordern ein generelles Burka- und Vollverschleierungsverbot für Bremen und ein striktes Kopftuchverbot in allen Bereichen des bremischen Öffentlichen Dienstes.

Wir sind gegen jeden Staatsvertrag mit islamischen Organisationen. Vielmehr muss die Zurückdrängung des Einflusses ausländischer islamischer Organisationen wie Millî Görüş, Gülen-Bewegung, DİTİB und ähnlichen ein Staatsziel werden. Der Einfluss fremder Länder auf Moscheevereine und Islamverbände muss in Bremen unterbunden werden. Das Verbot der Finanzierung aus dem Ausland kann nur auf nationaler Ebene geregelt werden, aber muss auf lokaler Ebene erkämpft und durch Bundesratsinitiativen aus Bremen gefördert werden.

Ein Auftrittsverbot für ausländische Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder auf bremischem Boden anlässlich von Wahlkampfveranstaltungen – gleich ob zu inländischen oder ausländischen Wahlen – halten wir für selbstverständlich.

Bremen hat sich zu einer Hochburg des extremen Islamismus entwickelt. Dieser Entwicklung ist konsequent entgegenzutreten. Salafisten und Fundamentalisten sind ein ernstzunehmendes Problem, weil sie zu einer Diskreditierung der friedlich in Deutschland lebenden Muslime beitragen. Auch aus diesem Grund sind alle gesetzlich gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, um Veranstaltungen von Salafisten und Hasspredigern zu unterbinden.

Die AfD Bremen spricht sich gegen weitere, Moscheebauten, wie den in Hemelingen geplanten, aus.

Die Alternative für Deutschland fordert auch für Bremen und Bremerhaven: Null Toleranz gegenüber intolerantem Extremismus!

9 Kultur

Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung. Sie umfasst neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen sowie Geistes- und Kulturgeschichte.

Unser liberaler Rechtsstaat, Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft und der sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck menschlicher Kreativität und Schaffenskraft sind damit auf das Engste verbunden. Die Ideologie des Multikulturalismus gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. Parallelgesellschaften führen stets zu innenpolitischen Konflikten und letztendlich zur Funktionsunfähigkeit des Staats.

Die AfD Bremen will nicht zulassen, dass unsere Heimatstädte aus falsch verstandener Toleranz ihr kulturelles Gesicht verlieren. Die deutsche Sprache ist der Anker unserer Identität.

Dieses zentrale Element deutscher Identität – die deutsche Sprache – will die AfD als Staatssprache auch in der Bremer Landesverfassung festschreiben. An Bremer Schulen darf es kein Zurückweichen des Deutschen vor Einwanderersprachen geben.

Nirgendwo ist die ideologische Beeinflussung seitens des Staates so stark wie in der Kulturpolitik. Die Bremer AfD will jedwede Kulturpolitik an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Vorgaben ausrichten. Deshalb muss der Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückgedrängt werden. Die ausschließliche Förderung linker „Kultur“-Projekte ist sofort zu beenden.

Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer. Kulturelle Förderprogramme des Bundes und der EU, die an ideologische Zielvorgaben gekoppelt sind, wollen wir durch Förderlinien ersetzen, die der Bewahrung des kulturellen Erbes oder dessen würdiger Fortschreibung dienen.

Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf, abgesehen von der Verfolgung von Straftaten, keinerlei Beschränkungen unterworfen werden.

10 Gesundheit

Bremen braucht ein Beratungs- und Förderprogramm zur Unterstützung und Begleitung schwangerer Frauen, um die Abtreibungszahlen zu verringern und damit Mutter und Kind eine gute Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Die AfD fordert eine Beratungsstelle für Schwangere, die die Chancen einer Mutterschaft in den Mittelpunkt stellt und nicht deren Beendigung.

Die Arbeit von Hebammen muss auch finanziell unterstützt werden. Um den Beruf der Hebamme attraktiver zu machen, fordern wir eine staatlich garantierte Haftpflichtversicherung mit bezahlbaren Tarifen. Generell ist die Verbesserung der Ausbildung und der Entlohnung aller Heilberufe in Bremen ein Ziel der AfD. Insbesondere sollten keine Gebühren für die Ausbildung zu Pflegern, Logopäden und ähnlichen Heilberufen erhoben werden.

Wir fordern Anstrengungen, die hausärztliche Versorgung in beiden Städten sicherzustellen.

Medizinische Versorgungszentren, vor allem im zahnärztlichen Bereich, wie sie immer stärker mit dem Ziel der Erwirtschaftung hoher Renditen von US-Fonds durch Kauf von Krankenhäusern organisiert werden, lehnt die AfD ab. Im Mittelpunkt muss auch künftig der freie Beruf stehen.

Die „Gesundheit Nord“ (Geno) hat sich nicht bewährt und erfordert laufend Subventionen durch den Senat, die vor dem Steuerzahler nicht zu vertreten sind. Die AfD Bremen fordert die Auflösung der Geno. Stattdessen sollte die Eigenständigkeit der Kliniken wieder hergestellt werden.

Die Leistungsfähigkeit des Krankenhaussystems im Land Bremen wurde in den letzten Jahrzehnten immer weiter geschwächt. Klinikskandal, Frühgeburten, Krankenhauskeime seien als Stichworte hier genannt.

In Bremen drehte sich schon lange alles um das Klinikum Bremen-Mitte, dessen Verfallung mit SPD- und Gewerkschaftsfunktionären beinahe sprichwörtlich ist. Obwohl es eine der unwirtschaftlichsten Kliniken war und ist, wurde aus politischen Gründen alles getan, um die Leistungen dort zu konzentrieren. Wichtige Investitionen in andere Kliniken unterblieben deshalb.

Bremen wäre ausreichend versorgt mit den gemeinnützigen Universal- und privaten Spezialkliniken in der Stadt, den Zentralkrankenhäusern an der Peripherie sowie einer Unfallambulanz, der Kinderklinik und der Pädiatrischen Intensivstation am alten Standort Mitte.

So sind SPD und Gewerkschaften dafür verantwortlich, dass Bremens Gesundheitsversorgung aus Kostengründen privatisiert werden muss. Die Folgen einer solchen Fehlentwicklung kann man in Bremerhaven beobachten, wo mit den AMEOS-Kliniken deutlich sichtbar wird, wie eine renditeorientierte Gesundheitsfabrik zu Lasten von Patienten, Ärzten und Pflegern und nicht zuletzt der Versichertengemeinschaft aussieht. Diese Entwicklung wollen wir für Bremen abwenden.

Wir fordern, einen verbesserten Hygienestandard zur Verhinderung von multiresistenten Keimen durch geeignete Gesetze und Vorschriften in Bremer und Bremerhavener Krankenhäusern zu etablieren.

11 Umwelt

Die bisherige Umweltpolitik konnte nicht annähernd den tatsächlichen Gegebenheiten gerecht werden. Sie ist weitgehend Symbolpolitik und versucht dem Bürger mit der CO₂-Klimapolitik Verbesserungen vorzugaukeln. Die AfD spricht sich in der Umweltpolitik gegen Symbolpolitik aus:

- Atomausstieg und Energiewende, die den Industriestandort Deutschland gefährden.
- Klimapolitik, die ebenfalls mit ihren Auflagen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie vermindert und ungeheure Kosten den Verbrauchern und der Industrie auferlegt,
- Luftreinhalte- und Verkehrspolitik, die das Mobilitätsvermögen der Bürger beschneiden will und durch den unsinnigen Elektromobilitätshype die Existenz der auf Verbrennungsmotoren basierenden Automobilwirtschaft in Gefahr bringt,
- Müllvermeidung durch Recyclinggebote, die den Verbraucher getäuscht und finanziell belastet haben; am Ende ist die Verbrennung des Plastikmülls seit den 1990er Jahren die Regel; die Industrie hat Patente, die ein vollständiges Recyceln möglich machen, nicht weiter verfolgt, weil der Preisdruck fehlte.

Im Bereich der Trinkwasserversorgung laufen in den nächsten Jahren einige der geschlossenen Verträge mit dem Bremer Umland aus. Die Landkreise und Gemeinden aus der Heide sind nicht länger bereit, sich von Bremen und Hamburg für weitere 30 Jahre das Wasser buchstäblich abgraben zu lassen. Das südlich von Bremen gelegene Einzugsgebiet ist wegen der Belastung mit Nitraten aus der Massentierhaltung wenig attraktiv und langfristig durch die steigenden Aufbereitungskosten nicht rentabel.

Dieses Versorgungsproblem ist seit langem bekannt. In einem Zeitraum von zwei bis vier Jahren müssen dringend Pläne für Alternativen entwickelt werden. Dazu gehört auch eine Kosteneinschätzung der Wasseraufbereitung auf eigenen Flächen. In Osterholz-Scharmbeck ist bereits die Grundwasserentnahme reduziert worden. Eine solch dramatische Entwicklung droht auch in Bremen, wenn nicht endlich langfristig geplant wird.

Die AfD Bremen setzt sich für eine Verringerung des Plastikeintrages in die Umwelt ein, insbesondere durch eine Ausstattung der Klärwerke mit geeigneten Filteranlagen.

Die AfD fordert eine Dokumentationspflicht von Tierschäden durch Windkraftanlagen.